


Exporte lassen hoffen

Euro-Krisenstaaten. Trotz aller finanziellen Probleme sind die ökonomischen Perspektiven für Griechenland, Italien, Portugal und Spanien günstiger als oft dargestellt. So sind die Exporte im Jahr 2011 kräftig gewachsen und haben damit maßgeblich zum Abbau der Handelsbilanzdefizite beigetragen. 

Auch wenn die Zinsen auf ihre Staatsanleihen zuletzt gesunken sind und für finanzielle Entlastung sorgen: Noch stehen die Krisenländer vor der gewaltigen Herausforderung, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Ob dazu jedoch tatsächlich weitere drastische Lohnsenkungen von bis zu 30 Prozent nötig sind – wie manche Ökonomen fordern –, ist zweifelhaft. Denn obwohl sich an der Preis- und

Kostensituation der Euro-Sorgenkinder im vergangenen Jahr meist nur wenig geändert hat, gab es beim Außenhandel einige erfreuliche Entwicklungen:

- **Handelsbilanzdefizite gesunken.** Gegenüber dem Jahr 2008, als die Importüberschüsse in fast allen der heutigen Krisenstaaten einen Höchststand erreichten, hat sich die Situation bis 2011 zum Teil deutlich verbessert (Grafik):

Spanien verringerte sein Minus im Außenhandel mit Waren und Dienstleistungen von 5,8 Prozent auf nur noch 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

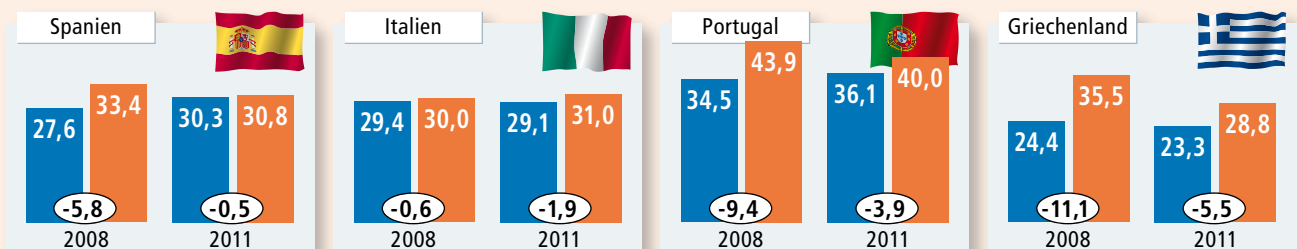
Griechenland und Portugal konnten ihre Handelsdefizite immerhin um mehr als die Hälfte abbauen.

- **Exporte dynamisch gewachsen.** Seit dem tiefen Wirtschaftseinbruch im Jahr 2009 hat der Außenhandel wieder kräftig zugelegt:

Im Jahr 2011 sind die Waren- und Dienstleistungsausfuhren in Portugal, Griechenland und Spanien um ungefähr 7 bis 9 Prozent gestiegen – etwa so stark wie in Deutschland. →

Euro-Krisenländer: Erste Fortschritte

Außenhandel mit Waren und Dienstleistungen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Daten jeweils erstes bis drittes Quartal; Ursprungsdaten: Eurostat

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Heft 15

Inhalt

Solarenergie. Die Bundesregierung hat die Einspeisevergütungen für Solarstrom deutlich gesenkt.
Seite 3

Tarifverträge. Wenn Tarifverträge verstärkt für allgemeinverbindlich erklärt werden, schwächt das nicht nur die Tarifautonomie.
Seite 4

Akademiker. Die Gehälter von Hochschulabsolventen sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen.
Seite 5

Führungskräfte. Bei Erfolglosigkeit müssen Fußballtrainer viel öfter ihren Hut nehmen als Manager von Aktiengesellschaften.
Seite 6

Finanzmarkt. Das Geschäft mit riskanten Finanzprodukten boomt mehr denn je.
Seite 7

Teleshopping. Die Branche wächst in Deutschland trotz der Konkurrenz aus dem Internet seit Jahren kräftig.
Seite 8

Präsident:
Dr. Eckart John von Freyend
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland



Euro-Krisenstaaten: Die Export-Hits

Ausfuhren im Jahr 2010 in Milliarden Euro

Waren		Dienstleistungen	
ITALIEN			
Kernreaktoren, Kessel, Maschinen, Apparate und mechanische Geräte	66,1	Reiseverkehr (Ausgaben ausländischer Touristen)	29,3
Zugmaschinen, Kraftfahrzeuge, Motor- und Fahrräder	24,5	Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen (z.B. Werbung, Rechts- und Unternehmensberatung)	19,7
Elektrische Maschinen, Apparate und elektrotechnische Waren	22,2	Transportleistungen	11,0
Mineralische Brennstoffe, Mineralöle u.Ä.	16,4	Kommunikationsleistungen	5,1
Kunststoffe und Kunststoffwaren	14,3	Patente und Lizenzen	2,7
Ausfuhren insgesamt	337,4	Ausfuhren insgesamt	74,6
SPANIEN			
Zugmaschinen, Kraftfahrzeuge, Motor- und Fahrräder	33,7	Reiseverkehr (Ausgaben ausländischer Touristen)	39,6
Kernreaktoren, Kessel, Maschinen, Apparate und mechanische Geräte	14,2	Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen (z.B. Werbung, Rechts- und Unternehmensberatung)	21,6
Mineralische Brennstoffe, Mineralöle u.Ä.	12,6	Transportleistungen	15,7
Elektrische Maschinen, Apparate und elektrotechnische Waren	12,3	EDV- und Informationsleistungen	4,8
Pharmazeutische Erzeugnisse	8,6	Finanzdienstleistungen	3,4
Ausfuhren insgesamt	191,9	Ausfuhren insgesamt	93,5
PORTUGAL			
Zugmaschinen, Kraftfahrzeuge, Motor- und Fahrräder	4,4	Reiseverkehr (Ausgaben ausländischer Touristen)	7,6
Elektrische Maschinen, Apparate und elektrotechnische Waren	3,3	Transportleistungen	4,7
Mineralische Brennstoffe, Mineralöle u.Ä.	2,5	Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen (z.B. Werbung, Rechts- und Unternehmensberatung)	3,3
Kernreaktoren, Kessel, Maschinen, Apparate und mechanische Geräte	2,2	Bauleistungen	0,5
Kunststoffe und Kunststoffwaren	1,8	Kommunikationsleistungen	0,5
Ausfuhren insgesamt	36,8	Ausfuhren insgesamt	17,6
GRIECHENLAND			
Mineralische Brennstoffe, Mineralöle u.Ä.	1,8	Transportleistungen	15,4
Pharmazeutische Erzeugnisse	1,0	Reiseverkehr (Ausgaben ausländischer Touristen)	9,6
Aluminium und Aluminiumwaren	0,9	Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen (z.B. Werbung, Rechts- und Unternehmensberatung)	1,5
Elektrische Maschinen, Apparate und elektrotechnische Waren	0,8	Bauleistungen	0,5
Kunststoffe und Kunststoffwaren	0,8	EDV- und Informationsleistungen	0,4
Ausfuhren insgesamt	16,4	Ausfuhren insgesamt	28,5

→ Zudem konnten diese drei Länder auf ihren Absatzmärkten Marktanteile hinzugewinnen – was im Hinblick auf ihre internationale Konkurrenzfähigkeit ebenfalls optimistisch stimmt. Offenbar ist das Exportangebot der südeuropäischen Staaten (Grafik) doch weltmarkttauglicher als oft vermutet.

• **Importwachstum gebremst.** Zur Verbesserung der Handelsbilanzen hat auch die Entwicklung der Einfuhren beigetragen. Diese sind 2011 in Italien und Spanien deutlich langsamer gestiegen als zuvor, in Portugal sanken sie um 5 Prozent und in Griechenland sogar um 14 Prozent.

Zwar spiegelt die Verringerung der Importe die rückläufige Nachfrage in den Krisenländern wider, was mit einer sinkenden Produktion und Wohlstandseinbußen einhergeht. Diese negativen Effekte werden aber auf Dauer umso geringer ausfallen, je stärker die Nachfrage aus dem Ausland für positive Produktions- und Einkommensimpulse sorgt – und genau das versprechen die jüngsten Exportdaten.

Zweifellos sind zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit weitere Reformen notwendig, die die Bürger in den Krisenstaaten erheblich belasten werden. Doch auch hier besteht kein Grund schwarzzusehen. Denn zumindest in Italien (vgl. iwd 14/2012), Portugal und Spanien steht die Mehrheit der Bevölkerung derzeit hinter dem Reformkurs ihrer jeweiligen Regierung.

Information aus IW-Trends 1/2012
 Jürgen Matthes: Rebalancing der Leistungsbilanzdefizite in den Peripheriestaaten des Euroraums
www.iwkoeln.de/trends

Der Staat zahlt weniger

Solarenergie. Die Bundesregierung hat ihr Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) revidiert. Hauptsächlich geht es um deutlich niedrigere Einspeisevergütungen für Solarstrom.

Wer sich eine Solaranlage aufs Dach setzte, konnte bis März dieses Jahres mit mehrfacher finanzieller Unterstützung rechnen: Für den Bau gab es vergünstigte Kredite und Investitionszuschüsse, für den Strom Einspeisevergütungen, die über dem aktuellen Marktpreis lagen. Das hat die Stromkunden und Steuerzahler viel Geld gekostet:

Im vergangenen Jahr haben allein private und gewerbliche Nutzer zusätzlich zum eigentlichen Stromwert 6,9 Milliarden Euro an Solarsubventionen aufgebracht – fast elfmal so viel wie im Jahr 2005.

Dem standen rasant fallende Preise für die Solaranlagen selbst gegenüber. Daher sollen nun auch die Einspeisevergütungen je nach Anlagengröße sinken (Grafik):

• Ab April 2012 sind die Vergütungssätze für Strom aus neu ge-

planten und gebauten Solaranlagen um 20 bis gut 25 Prozent niedriger.

• Ab Mai 2012 sinken die Vergütungssätze monatlich um 1 Prozent.
 • Die Einspeisevergütung wird für kleine Anlagen künftig auf 80 Prozent des erzeugten Stroms begrenzt, für den Rest gibt es nur den Marktpreis, falls die Anlagenbesitzer diesen Strom nicht selbst verbrauchen oder verkaufen. Größere Anlagen bekommen 90 Prozent oder 100 Prozent vergütet.

Bis Anfang 2016 sinken die Einspeisevergütungen damit gegenüber heute um gut die Hälfte.

In den Jahren 2012 und 2013 sollen nach Regierungsplänen zwar neue Anlagen hinzukommen – doch mehr als 3.500 Megawatt zusätzlich installierter Leistung sollten dabei nicht entstehen. Zum Vergleich: Im Rekordjahr 2011 waren es ungefähr 7.500 Megawatt. Ab 2014 soll das 3.500er-Ziel jährlich um 400 Megawatt sinken. Das Problem bei diesen Richtwerten: Sie sind nicht bindend – niemand kann verhindern, dass doch mehr gebaut wird, weil selbst

die niedrigeren Fördersätze noch attraktiv sind.

Die neuen Kostenbremsen sind zwar ein Schritt in die richtige Richtung. Doch billiger wird es für die Verbraucher nicht – für bestehende Anlagen müssen noch lange die alten Vergütungssätze gezahlt werden.

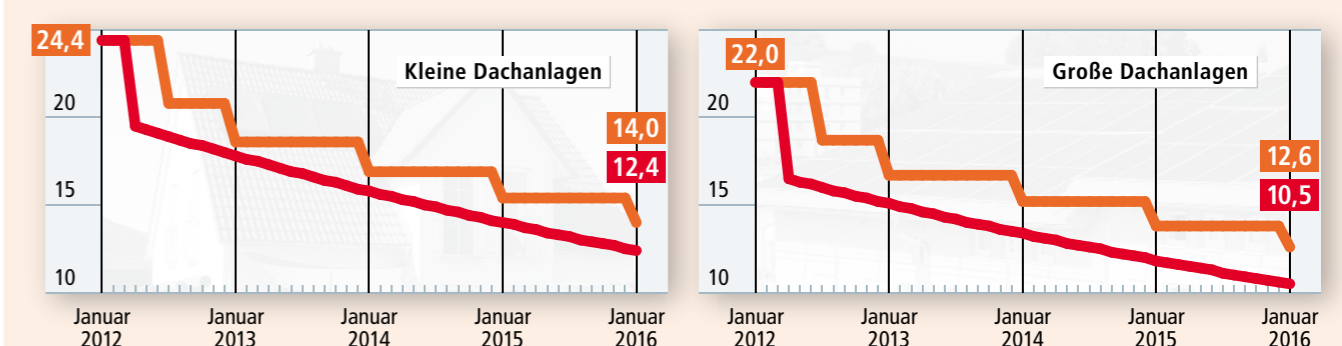
Aber nicht nur Kostengründe sprechen für eine Reform der EEG-Förderpraxis. Erneuerbare Energien müssen auch deshalb günstiger werden, damit sie sich international durchsetzen können. Das heißt aber auch, dass über kurz oder lang die staatliche Förderung komplett zurückgefahren werden sollte.

Der Stromanteil der erneuerbaren Energien ist zwar schon auf 20 Prozent gestiegen – doch hauptsächlich deswegen, weil sie per Gesetz gefördert wurden.

Sollen Sonne, Wind, Biomasse etc. tatsächlich eines Tages wie geplant 80 Prozent des Strommixes ausmachen, müssen sich die Rahmenbedingungen ändern – wenn es weiterhin so etwas wie einen Markt für Strom geben soll.

Solarförderung sinkt

Einspeisevergütung in Cent je Kilowattstunde ■ Vergütung nach bisheriger Regelung ■ Vergütung nach neuer Regelung



Die Vergütung gibt es für bis zu 90 Prozent des Stroms, darüber hinausgehende Mengen werden geringer als hier angegeben vergütet. Ebenso außen vor geblieben sind andere mögliche Absenkungen; kleine Dachanlagen: bis 10 Kilowatt Leistung; große Dachanlagen: von 10 bis 1000 Kilowatt Leistung; Ursprungsdaten: Bundesregierung

Bärendienst für die Beschäftigung

Tarifverträge. Die Oppositionsparteien im Bundestag fordern, Tarifverträge verstärkt für allgemeinverbindlich zu erklären. Das aber schwächt nicht nur die Tarifautonomie.

In Deutschland arbeiten heute weniger Menschen als früher in Unternehmen, die tarifgebunden sind. Noch in den 1990er Jahren handelten Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften die Löhne für fast drei Viertel der Beschäftigten aus – inzwischen gelten Tarifverträge nur noch für 62 Prozent der Arbeitnehmer.

Parallel zur Abnahme der Tarifbindung hat die Zahl der Beschäftigten im Niedriglohnsektor zugenommen – sie stieg von knapp 17 auf rund 22 Prozent.

Die Oppositionsparteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke fordern daher, das Tarifsystem zu stabilisieren, um Lohndumping zu vermeiden. Dazu haben sie unab-

hängig voneinander Anträge im Deutschen Bundestag eingereicht:

Mindestlohn. Alle drei Parteien fordern als „untere Haltelinie für das Entlohnungsgefüge“ einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn. dessen Höhe wird zwar nicht näher spezifiziert, aus den Parteiprogrammen und Aussagen wichtiger Parteivertreter ergibt sich aber eine Spanne von 7,50 bis 10 Euro je Stunde.

Arbeitnehmer-Entsendegesetz. Dieses Gesetz soll auf alle Wirtschaftsbereiche ausgeweitet werden. Nach den Vorstellungen der Linkspartei soll nicht nur ein Branchen-Mindestlohn für allgemeinverbindlich erklärt werden, sondern gleich die komplette Entgelttabelle einer Branche.

Allgemeinverbindlichkeit. Damit ein Tarifvertrag für alle Unternehmen und Arbeitnehmer einer Branche gültig – und damit allgemeinverbindlich – sein kann, müssen bisher

mindestens 50 Prozent der betroffenen Arbeitnehmer in tarifgebundenen Unternehmen arbeiten.

Diese Grenze soll gesenkt werden. Die Grünen schlagen 40 Prozent vor, SPD und Linke wollen gar keine Hausnummer mehr. Stattdessen soll auf „Repräsentativität“ geprüft werden, also darauf, welche Bedeutung ein Tarifvertrag in einer Branche hat.

Eine solche Reform hätte jedoch ihre Tücken:

Zum einen hat sich die Politik bewusst für einen großen Niedriglohnsektor starkgemacht, um die hohe Arbeitslosigkeit zu senken. Der rasante Beschäftigungsaufbau der vergangenen Jahre zeigt, dass dies gelungen ist. Wenn man das Rad der Geschichte zurückdreht, würde man den Beschäftigten im Niedriglohnsektor einen Bärendienst erweisen – ihre Jobs stünden zur Disposition.

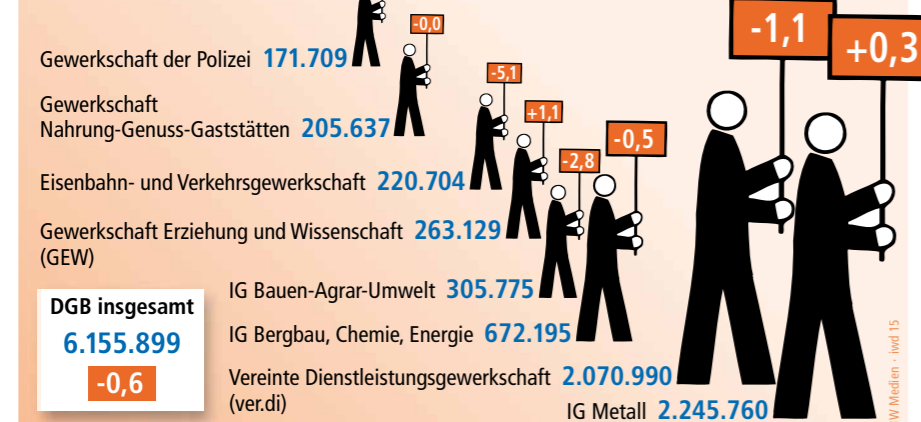
Zum anderen schwächt man die Tarifautonomie, weil für Unternehmen und für Arbeitnehmer der Anreiz schwindet, sich zu organisieren. Immerhin haben große Gewerkschaften zuletzt die Zahl ihrer Mitglieder gesteigert (Grafik). Auch die Zahl der Firmen, die tarifgebunden sind, hat sich etwa seit dem Jahr 2008 bei gut einem Drittel stabilisiert.

Nicht zuletzt sind die Reformvorschläge zur Allgemeinverbindlichkeit auch aus juristischen Gründen problematisch, weil das 50-Prozent-Quorum die negative Koalitionsfreiheit schützt. Das bedeutet: Unternehmen und Arbeitnehmer haben das Recht, Verbänden fernzubleiben. Das Quorum sorgt so dafür, dass eine Minderheit nicht die Mehrheit dominiert.

Gewerkschaftsmitglieder: IG Metall legt zu

Stand Jahresende 2011

Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



Insgesamt hält der Mitgliederverlust bei den acht im DGB zusammengeschlossenen Einzelgewerkschaften zwar noch an. Drei Gewerkschaften konnten aber neue Mitglieder gewinnen. Während die Lehrgewerkschaft GEW schon seit einigen Jahren im Plus liegt, gelang dies der IG Metall 2011 erstmals seit der Wiedervereinigung.

Quelle: DGB

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die Gehaltsgewinner

Akademiker. Für Hochschulabsolventen machen sich die zunehmenden Fachkräfteengpässe bezahlt. Ihre Löhne sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Besonders gut verdienen Ärzte und Ingenieure.

Die OECD weist in ihren Bildungsberichten schon seit längerem darauf hin: Bildung zahlt sich in Euro und Cent aus. Meister, Techniker und Hochschulabsolventen konnten sich in den vergangenen zehn Jahren über deutlich mehr Geld freuen – auch im Vergleich zu anderen Kollegen:

Lagen die Stundenlöhne der Hochqualifizierten im Jahr 2000 erst um 43 Prozent über denen der Beschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung, so ist der Vorsprung bis zum Jahr 2009 auf 57 Prozent gestiegen.

Dies gilt jedoch nicht für alle Hochqualifizierten gleichermaßen:

Meister und Techniker haben zwar im Durchschnitt etwas geringere Löhne als Hochschulabsolventen, doch das macht die schnellere Ausbildung meist wett (vgl. iwd 38/2010). Weil die Lehre und die Aufstiegsfortbildung zum Meister oder Techniker mit fünf veranschlagten Jahren in der Regel kürzer ist als das Abi plus Studium, amortisiert sich die Bildungsinvestition, also auch der Verzicht auf Gehalt, für diese Berufsgruppe schneller als für Akademiker. Bis ein Hochschulabsolvent seinen Einkommensverzicht aus der Schul- und Studienlaufbahn aufgeholt hat, ist sie oder er meist schon 43 Jahre alt. Für die Meister und Techniker geht die Rechnung im Durchschnitt mit 40 Jahren auf.

Hochschulabsolventen profitieren vor allem dann, wenn sie eine Ausbildung in den sogenannten Engpassberufen haben – also für Jobs, in denen besonders viele Stellen nicht besetzt werden können. Das ist insbesondere im Gesundheitssektor sowie im naturwissenschaftlich-technischen Bereich der Fall.

Von den aktuell acht akademischen Berufen, in denen viel Personal gesucht wird, entfallen fünf auf Jobs, die vor allem von Ärzten oder Ingenieuren ausgeübt werden.

Schon beim Berufseinstieg haben diese Professionen einen Vorsprung. Dem Hochschul-Informationssystem zufolge hatten die Humanmediziner von allen Absolventen des Jahrgangs 2009 das höchste Startgehalt. Als Vollzeitbeschäftigte kamen sie inklusive Zulagen auf durchschnittlich 48.900 Euro im Jahr.

Auf den Plätzen dahinter liegen die Fachhochschulabsolventen der Elektrotechnik mit 44.400 Euro sowie des Wirtschaftsingenieurwesens mit 42.650 Euro, gefolgt von den Uniabsolventen der Ingenieurwissenschaften mit einem mittleren Jahresgehalt von 41.150 Euro. Zum Vergleich: Für Wirtschaftswissenschaftler wurden zuletzt Einstiegsgehälter von 36.750 Euro (Uni) oder 35.250 Euro (FH) gezahlt.

Die Anfangsgehälter sind zudem in den vergangenen Jahren besonders in den MINT-Berufen (Mathematiker, Informatiker, Naturwissenschaftler und Techniker) stark gestiegen:

Vollzeit erwerbstätige Ingenieure des Uni-Jahrgangs 1993 verdienten noch 9 Prozent weniger als Wirt-

Akademiker: Wer wie viel verdient

Durchschnittliche Bruttomonateinkommen von Vollzeit erwerbstätigen Akademikern in Euro



Ohne Zulagen
Ursprungsdaten: Sozio-
oekonomisches Panel

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwd 15

schaffswissenschaftler – jetzt sind es 12 Prozent mehr.

Auch bei den bereits länger Erwerbstätigen bestätigt sich dieses Bild (Grafik). So ist der Monatslohn eines Akademikers mit einem Abschluss im Gesundheitsbereich zwischen 2005 und 2010 von im Schnitt 6.200 Euro auf 8.600 Euro gestiegen. Ingenieure konnten von 4.600 Euro auf 5.100 Euro zulegen. Wirtschaftswissenschaftler traten dagegen in den vergangenen Jahren gehaltsmäßig auf der Stelle, Sozialwissenschaftler mussten sogar Einbußen hinnehmen.

Chefs im Abseits

Führungskräfte. Vorstandsvorsitzende von Aktiengesellschaften und Fußballtrainer haben manches gemeinsam: Sie müssen strategische und taktische Entscheidungen fällen, ihre Mannschaft motivieren und sie sind letztlich dafür verantwortlich, dass der Laden läuft. Bleibt allerdings der Erfolg aus, müssen Trainer sehr viel öfter ihren Hut nehmen als Manager.

Der 1. FC Köln zittert um den Klassenerhalt und Trainer Stale Solbakken um seinen Job. Er wäre allerdings bei weitem nicht der erste, der in dieser Saison vorzeitig gehen muss, weil seine Mannschaft den Ansprüchen der Vereinsführung nicht genügt – bisher hat es schon acht seiner Kollegen erwischt.

Hätten sie mal was Ordentliches gelernt, könnte man sagen – denn andere Chefs werden nicht so schnell geschasst. Vorstandsvorsitzende von Dax- und MDax-Unternehmen zum Beispiel bleiben deutlich länger im

Amt, wie eine aktuelle Studie des Institute for Sports, Business and Society (ISBS) der European Business School zeigt (Grafik):

Bundesligatrainer behalten ihre Jobs im Schnitt nur gut ein Jahr, Vorstandsvorsitzende etwas mehr als fünf Jahre. Die Fußballlehrer fliegen bei Misserfolg sechsmal häufiger als die Manager.

Ganz so ernst sollte man diesen Vergleich allerdings nicht nehmen, dazu sind die Führungsaufgaben der beiden Gruppen zu unterschiedlich. Während ein Vorstandsvorsitzender kaum direkt mit den Mitarbeitern seines Konzerns zu tun hat, arbeitet ein Fußballtrainer fast jeden Tag mit seinen Mannen. In den obersten Etagen der Unternehmen zählt denn auch weniger, ob jemand ein Motivator ist oder nicht – fachliches Wissen ist oft mehr gefragt als Führungskompetenz.

Apropos Kompetenz: Fußballvereine sollten genauso wie Unterneh-

men möglichst früh in die systematische Weiterbildung ihrer Führungsriege investieren, raten die Autoren der Studie. Denn je besser jemand für seine Aufgaben geschult ist, desto größer ist in der Regel der Erfolg mit der Mannschaft – ob nun die im Büro oder jene auf dem Platz.

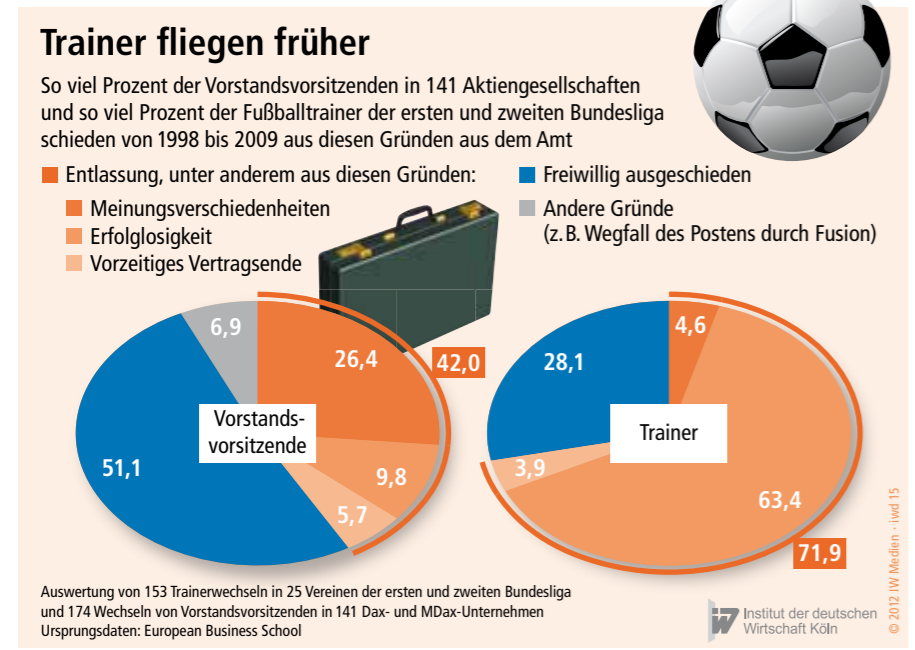
Zudem ist der Sinn der relativ häufigen Trainerwechsel fragwürdig. Ein Team um Professor Andreas Heuer hat an den Universitäten Münster und Kassel einmal nachgerechnet, ob es einen Zusammenhang zwischen Trainerentlassung und Veränderung der Spielstärke gibt – spricht: ob und wie sich mit dem Neuen die Tordifferenz verbessert. Dazu haben die Experten den gesamten Zeitraum von der Gründung der Bundesliga 1963 bis zur Saison 2008/2009 unter die Lupe genommen, also mehr als 14.000 Spiele. Das ernüchternde Fazit:

Die Trainerwechsel hatten keinerlei Einfluss auf den Spielerfolg.

Doch die Vereinsbosse der Bundesliga haben für solche Erkenntnisse offenbar keine Ohren – sobald ein Verein im Abstiegskampf steckt, wird in der Regel der Trainer entlassen. Die Forscher nennen dieses Verhalten „Sündenbock-Aktionismus“.

Dass Stale Solbakken dennoch weiterhin Trainer des 1. FC Köln bleiben darf, liegt vielleicht daran, dass der FC schon einen Bock hat: Seit 1950 ist stets ein Geißbock das Maskottchen des Vereins – aktuell regiert Hennes VIII.

Weitere Informationen zu einem ergebnisorientierten Führungsstil gibt es auf der Projektwebsite: www.vitniss.info.



708.000.000.000.000 Dollar

Finanzmarkt. Die Euroländer spannen einen Rettungsschirm nach dem anderen auf, um die Folgen der Finanzkrise abzumildern. Das Geschäft mit risikanten Finanzprodukten boomt aber mehr denn je.

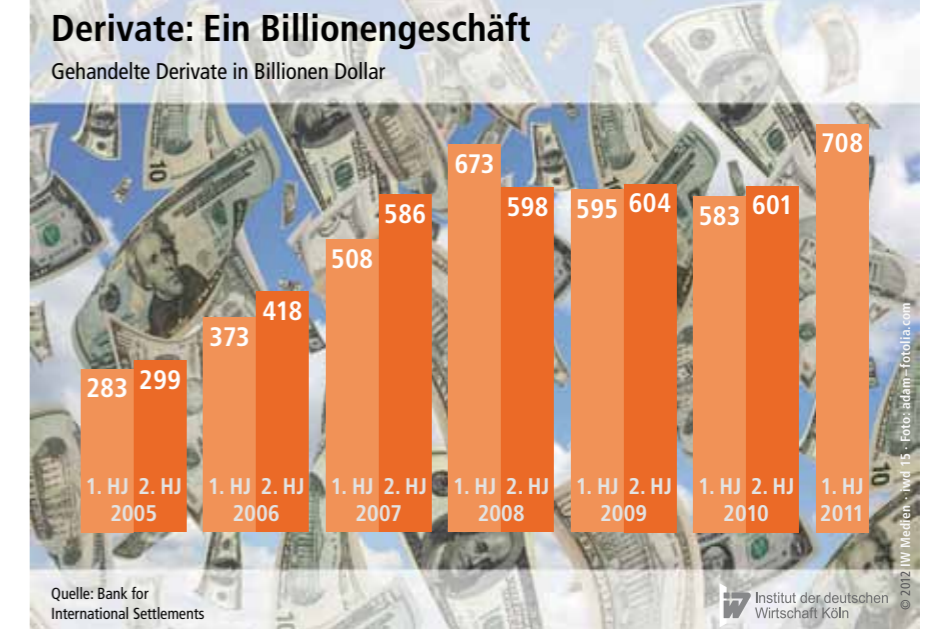
Schon bei dem Versuch, sich die Hunderte von Milliarden Euro der Rettungsschirme vorzustellen, müssen Otto Normalverbraucher und Lieschen Müller passen. Erst recht unvorstellbar sind allerdings jene Summen, die an den Finanzmärkten umgeschlagen werden. Allein der Handel mit unregulierten Finanzprodukten – den sogenannten Over-the-Counter-(OTC)-Derivaten – hat inzwischen schwindelerregende Höhen erreicht (Grafik):

Der OTC-Handel summierte sich im ersten Halbjahr 2011 weltweit auf rund 708 Billionen Dollar – das ist eine Zahl mit 15 Stellen.

Etwas deutlicher wird das Volumen im Vergleich mit einer anderen Kennziffer: Der OTC-Handel entspricht mittlerweile knapp dem Zehnfachen der gesamten globalen Wirtschaftsleistung eines Jahres. Auch von der größten Finanzkrise seit 1929 – der Subprime-Krise auf dem US-Immobilienmarkt im Jahr 2007 sowie ihren Ausläufern – hat sich diese Entwicklung nicht bremsen lassen:

Gegenüber dem ersten Halbjahr 2005 ist das Volumen der gehandelten Derivate bis Juni 2011 auf das Zweieinhalbfache gestiegen; allein gegenüber dem zweiten Halbjahr 2010 gab es ein Plus von 18 Prozent.

Der Clou an solchen Trades ist: Sie müssen nicht von einer Auf-



sichtsbehörde genehmigt werden, sondern werden direkt zwischen den Händlern abgeschlossen. Das macht sie zu einer kritischen Größe. Denn:

- Auf dem Derivate-Markt agieren nur wenige, aber sehr große Player.
- Übernimmt sich auch nur einer der Beteiligten mit seinen Kontrakten, kann dies eine unvorhersehbare Kettenreaktion auslösen.

Rein spekulative Investitionen in Derivate entziehen dem Markt produktives Kapital und erhöhen damit das systemische Risiko am Markt.

Denn im Gegensatz zu klassischen Finanzinvestitionen wie Aktien oder Unternehmensanleihen, die dafür sorgen, dass das Kapital in die reale Wirtschaft fließt, wird beim Derivate-Handel primär Vermögen verschoben.

Dienen die Derivate dagegen – wie ursprünglich gedacht – der Risikoabsicherung tatsächlich bestehender Geschäfte, ist nichts gegen sie einzuwenden. Mit solchen Termingeschäften lassen sich zum Beispiel Schwan-

kungen von Rohstoffpreisen oder Wechselkursen auffangen. Auch als Kreditausfallversicherung sind Derivate geeignet – im Jahr 2011 hatten die Credit Default Swaps einen Wert von 32 Billionen Dollar.

Weil aber das Gros des Derivate-Handels rein spekulativer Natur ist, braucht dieser Markt vor allem eines – mehr Wettbewerb:

- Gäbe es mehr Marktteilnehmer, wäre die Spannbreite der Marktbewertungen größer und Fehlbewertungen von Risiken wie in der Finanzkrise ließen sich verringern.
- Marktkonzentrationen und damit verhängnisvolle Verflechtungen zwischen den agierenden Parteien würden vermindert – ebenso das Risiko des „too big to fail“.
- Die Kosten für Absicherungsprodukte würden sinken. Das ist vor allem im Euroraum dringend nötig, denn die Prämien für Credit Default Swaps auf Anleihen europäischer Krisenstaaten sind auch aufgrund spekulativer Käufe stark gestiegen.

Einkaufen von der Couch aus

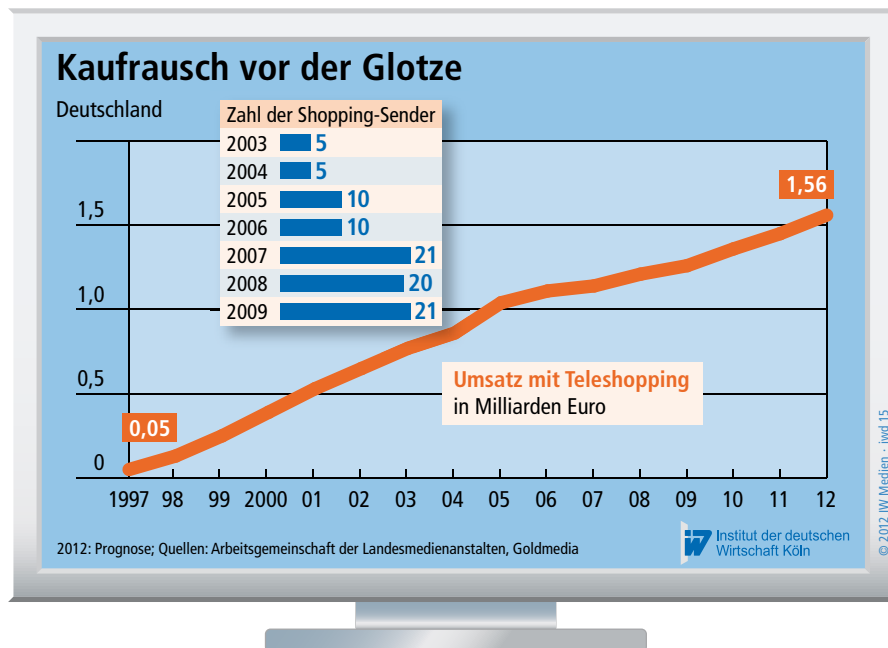
Teleshopping. Amazon und Ebay zum Trotz wächst der Teleshopping-Markt in Deutschland seit Jahren kräftig. Der Branche kommen nicht zuletzt technische Innovationen und der vermeintliche Konkurrent Internet zugute.

Mit geübter Hand jagt der Koch eine Gurke über die Multifunktionsreihe. In Bruchteilen von Sekunden fallen hauchdünne Scheiben in eine Schüssel. Dann ein leises Klicken und schon ist der Schneidaufsatz gewechselt. Jetzt sind die Karotten an der Reihe.

So oder ähnlich sehen seit Jahren die Präsentationen der Teleshopping-Programme aus. Wer allerdings glaubt, dass sich Homeshopping im Internetzeitalter überlebt hat, irrt:

Jeder zehnte Deutsche kaufte im vergangenen Jahr Produkte, die von Teleshopping-Sendern angepriesen wurden.

Die beiden Marktführer QVC und HSE24 setzten 2011 zusammen fast



1,2 Milliarden Euro um – so viel wie nie zuvor. Die Unternehmensberatung Goldmedia beziffert den gesamten Umsatz der Branche auf mehr als 1,5 Milliarden Euro (Grafik). Bis 2016 wird er voraussichtlich auf 2 Milliarden Euro steigen.

Verkaufsschlager der Fernsehsender sind Heimtextilien sowie Produkte für Küche und Garten – mit diesen Artikeln macht die Branche knapp 37 Prozent des Umsatzes. Vor allem Frauen gehen gerne auf Einkaufstour:

Fast drei Viertel der Teleshopper in Deutschland sind weiblich. Im Schnitt sind die Käufer 52 Jahre alt und damit zehn Jahre älter als der Durchschnittsdeutsche.

Die Kundinnen und Kunden bestellen noch immer am liebsten via Telefon, das Internet wird allerdings immer wichtiger. Rund 26 Prozent der befragten Nutzer sagen, dass sie schon einmal online Homeshop-

ping-Produkte geordert haben. Doch das Web verändert die Teleshopping-Welt noch aus anderen Gründen: Kunden können die angebotenen Produkte mittlerweile in Social-Media-Foren bewerten und sie so zu Verkaufsschlagern machen – oder zu Ladenhütern degradieren.

Sogar im direkten Vergleich mit Versandhändlern, die ausschließlich online anbieten, haben die Homeshopping-Sender im Netz Vorteile: Sie verfügen über Unmengen von Produktvideos, die sie ohne große Zusatzkosten online verfügbar machen können. Und auch die Tatsache, dass es immer mehr internetfähige Fernseher gibt – bereits heute stehen sie in über sechs Millionen deutschen Haushalten –, spielt den Sendern in die Hände. Denn so können ihre Kunden per Knopfdruck viele zusätzliche Informationen zu Produkten einholen – ohne den Platz auf der Couch verlassen zu müssen.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Aboservice: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445
Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich
(außer Januar und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.